

Nachhaltige Entwicklung braucht starke Gemeinden und Regionen

9 Anregungen des Mouvement
Ecologique betreffend die
Kompetenzeinteilung zwischen
Gemeinden - Region und Staat

*Stellungnahme des Mouvement Ecologique anlässlich der
Sitzung in der Kommission der Abgeordnetenversammlung zum
«Débat d'orientation sur la nouvelle répartition des
compétences et des responsabilités entre l'Etat les
communes»*

November 2002

Nachhaltige Entwicklung braucht starke Gemeinden und Regionen

9 Anregungen des Mouvement Ecologique betreffend die Kompetenzeinteilung zwischen Gemeinden - Region und Staat

- Anregung 1: Am Beispiel Klimaschutz: neue gesellschaftliche Herausforderungen erfordern auch neue kommunale Verantwortung
- Anregung 2: Bei aktuellen Reformprojekten jetzt bereits Akzente setzen!
- Anregung 3: Strukturierte Debatte in einem festen Zeitplan in die Wege leiten
- Anregung 4: Personelle Voraussetzungen für stärkere und kompetentere Gemeinden und Regionen schaffen!
- Anregung 5: Neue administrative Wege zwischen Staat und Gemeinden gehen
- Anregung 6: Überdenken der finanziellen Rahmenbedingungen
- Anregung 7: Regionale Entwicklung - eine Plattform für eine verstärkte Zusammenarbeit von Gemeinden und Staat!
- Anregung 8: Neue zeitgemässe Kooperationsstrukturen in die Wege leiten
- Anregung 9: Neben der Kompetenzfrage auch eine verstärkte Beteiligung der Bürgerinnen thematisieren!

Der Mouvement Ecologique begrüßt grundsätzlich die Tatsache, daß über eine Neuaufteilung der Kompetenzen zwischen Gemeinden, Region und Staat nachgedacht wird. Eine derartige Debatte ist in der Tat überfällig und stellt eine der zentralen Anregungen des Mouvement Ecologique anlässlich der letzten Legislativwahlen dar.

Wir zitieren: «In den vergangenen Jahren hat sich das Aufgabengebiet der Gemeinden wesentlich entwickelt, standen bis vor Jahren fast ausschließlich materielle Infrastrukturen im Vordergrund, so hat sich deren Aufgabengebiet heute ausgeweitet. Neue Herausforderungen stellen sich in der Schul-, Kultur- und Sozialpolitik sowie auch im Umweltbereich. Auch auf staatlicher Ebene muß festgestellt werden, daß die letztgenannten Bereiche mehr und mehr an Bedeutung gewinnen. Diese Entwicklung konnte jedoch in der Vergangenheit nur unzufriedenstellend aufgegriffen werden, dies nicht zuletzt aufgrund unangepaßter Strukturen. Es ist in der Tat unerlässlich, im Rahmen der kommenden Legislaturperiode deutliche Akzente zu setzen, damit einerseits eine transparente und sinnvolle Aufgabenteilung zwischen Staat / Regionen und Gemeinden erfolgt und andererseits die Geldverteilung zwischen Staat / Regionen und Gemeinden dieser Neueinteilung angepaßt wird.»

Der Mouvement Ecologique spricht sich grundsätzlich für stärkere Gemeinden und Regionen aus, denen - auch aufgrund staatlicher Konzepte, die in enger Absprache mit Kommunen und Regionen ausgearbeitet wurden - gemäß dem Subsidiaritätsprinzip eine herausragende Rolle auf der Ebene der nachhaltigen Entwicklung zukommt.

Der Anspruch in allen Politikbereichen die Kompetenzen neu strukturieren zu wollen, ist natürlich äußerst hoch, jedoch von grundlegender Bedeutung. Deshalb spricht sich der Mouvement Ecologique dafür aus, nicht das «Kind im Bade zu ertrinken», alles auf einmal angehen zu wollen, sondern sehr systematisch vorzugehen und einen Zeithorizont für zu erreichende Resultate zu setzen. Zu glauben, man könne in einem Wurf alle Themenfelder abhaken, wäre in der Tat blauäugig.

Eine Analyse der vorliegenden Dokumente, die durchaus interessant sind, bestätigen in der Tat die Sichtweise, daß eine systematischere Vorgehensweise unerlässlich ist und eine langfristig angelegte Debatte organisiert werden soll. Das Dokument des Innenministeriums listet z.B. primär die gesetzlich verankerten Aufgaben auf, weniger aber die doch so wichtigen fakultativen Aufgaben, wobei gerade auch letztere - angesichts neuer gesellschaftlicher Herausforderungen - eine zunehmende Priorität erhalten. Die Stellungnahmen der verschiedenen Parteien gehen im übrigen das Detail der diversen Themenbereiche sehr unterschiedlich an.

Deshalb schlägt der Mouvement Ecologique eine doppelte Vorgehensweise vor:

- jetzt die Voraussetzungen für eine strukturierte Debatte schaffen und bereits Farbe bekennen und aktiv werden (Anregungen 1 - 3)
- Zentrale Rahmenbedingungen für eine neue Kompetenzaufteilung bereits heute gewährleisten (Anregungen 4 - 10).

In diesem Sinne sind die folgenden Anregungen zu verstehen.

Anregung 1:

Am Beispiel Klimaschutz: neue gesellschaftliche Herausforderungen erfordern auch neue kommunale Verantwortung

Liest man die Stellungnahmen der verschiedenen Parteien betreffend die Kompetenzaufteilung zwischen Staat und Gemeinden, so scheint Einstimmigkeit darin zu bestehen, daß der Stellenwert der Gemeinden erhöht werden soll. Alle Parteien heben so z.B. die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips hervor, setzen sich eine für stärkere Eigenverantwortung der Gemeinden ein. So spricht die CSV von einem «*droit naturel*» der Gemeinden Aufgabengebiete zu übernehmen oder aber führt deslängeren aus, der Begriff des «*intérêt communal*» solle sehr breit interpretiert werden. Zitat (Fettdruck durch Mouvement Ecologique): «*L'article 4 paragraphe 2 de la Charte européenne de l'autonomie communale, approuvée par une loi du 18 mars 1987, dispose que "les collectivités locales ont, dans le cadre de la loi, toute latitude pour exercer leur initiative pour toute question qui n'est pas exclue de leur compétence ou attribuée à une autre autorité". L'article 28 de la loi communale du 13 décembre 1988 dispose que "le conseil communal règle tout ce qui est d'intérêt communal". (...) Il résulte des dispositions précitées qu'aussi longtemps que les actions sont dans l'intérêt communal, il n'existe à priori pas de disposition légale qui limite les missions ou qui définit la méthode de leur mise en oeuvre par les autorités communales. Par ailleurs, l'appréciation de ce qui est dans l'intérêt communal est par essence évolutive. En effet, la doctrine confirme que l'intérêt local "comporte le nécessaire, futile et l'agréable de la collectivité communale. C'est une notion de fait qui évolue dans le temps et dans l'espace". Soucieuses de s'adapter aux besoins de leur population, les communes ont évolué vers un prestataire de service dans les domaines le plus variés.*»

Auch die DP spricht sich – ebenso wie die Oppositionsparteien - dafür aus, den Begriff «*intérêt général communal*» nicht restriktiv zu sehen.

Angesichts dieser Aussagen, kann festgestellt werden: auch ohne grundsätzliche Neueinteilung der Kompetenzen zwischen Staat und Gemeinden könnten bereits heute die Weichen im Sinne einer stärkeren Kommunalisierung bzw. Regionalisierung gestellt werden.

Die Regierung sollte bereits heute den Gemeinden die ihnen zustehende Rolle in der politischen Praxis beismessen!

Die Praxis seitens des Innenministeriums ist jedoch in einer Reihe wichtiger Bereiche eine andere. Nicht nur, daß das Innenministerium wesentliche Initiativen nicht a priori unterstützt. Es hat den Anschein, als ob das Ministerium häufig Gemeinden in deren Dynamik blockieren würde. Dabei beruft sich das Innenministerium auf eine z.T. sehr enge und umstrittene Auslegung von Gesetzestexten.

- Für das Innenministerium ist bzw. war eine Kommunalisierung der Klimaschutzpolitik . fragwürdig; so gab es eine längere Debatte zwischen Ministerium und Klimaschutzgemeinden darüber, ob der Klimaschutz überhaupt eine kommunale Aufgabe sei...
- Oder aber Beispiel «Förderung regenerativer Energien»: Auch in diesem zukunftsweisenden Bereich sah das Innenministerium eher den Staat gefordert, als die Gemeinden. Energiepolitik sei eine nationale Verantwortung ...
- Ein weiteres Beispiel ist in diesem Zusammenhang das integrierte Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept, in das die Gemeinden noch immer nicht konkret eingebunden wurden. Dies mit dem Argument: «*Wann mer och nach d'Gemengen froen, kennt en eenzege*

Chaos heraus».

- Oder aber das Procedere in Zusammenhang mit dem Dossier «Flughafen»: Die Gemeinderäte werden weniger aktiv in die Erstellung des Flächennutzungs-Planes (POS) eingebunden, als die Betreiber des Flughafens...

Auch wenn es sicher Beispiele zu nennen gibt, wo eine zukunftsweisende Vorgehensweise des Innenministeriums nur zögernd von den Gemeinden aufgegriffen wird (dies gilt z.B. für die Schaffung eines regionalen Syndikates Süden (PROSUD), der noch immer nicht funktionsfähig ist), so vermag dies nichts an der Tatsache zu ändern, daß die Haltung des Innenministeriums in einer Reihe von Fallbeispielen zudem **in krassem Widerspruch zu den Aussagen steht, die im Rahmen des Hearings zur nachhaltigen Entwicklung von der Umweltkommission gemacht wurden.** Wir zitieren aus deren Bericht:

«La Commission de l'Environnement tient à mettre en évidence l'importance que revêtent les instances communales - communes et syndicats intercommunaux - en matière de développement durable. La participation et la coopération des collectivités sont des facteurs déterminants pour atteindre les objectifs fixés. La Commission de l'Environnement est d'avis que le parlement et le gouvernement devraient laisser un vaste champ d'action aux communes respectivement aux syndicats communaux cherchant à oeuvrer dans ce domaine. Ainsi pour ne citer qu'un exemple, maintes communes participent au "Klimabündnis" et se sont engagées à réduire de moitié les émissions de CO2 sur leur territoire.

Ce sont les communes qui construisent, exploitent et entretiennent les infrastructures économiques, sociales et environnementales et qui contrôlent les processus de planification. Elles fixent les orientations et la réglementation locale en matière d'environnement et collaborent à l'application des politiques de l'environnement adoptées au niveau national. Elles detiennent surtout un rôle essentiel dans l'éducation et la mobilisation de la population en faveur du développement durable.

Ainsi, dans le document "Action 21", il est préconisé que les collectivités locales devraient élaborer leur programme d'action examinant des problèmes qui leur sont particuliers et dont la solution leur incombe. Ce plan d'action a été désigné sous le nom de "Action locale 21".

La Commission de l'Environnement estime qu'il faut développer le potentiel des communes comme instruments du développement durable...»

Die Tatsache, daß sehr wenige Gemeinden in Luxemburg einen lokalen Agenda-Prozeß im Sinne der in Rio-Abkommen in die Wege geleitet haben, ist u.a. wohl auch auf eine mangelnde pro-aktive Vorgehensweise seitens der zuständigen Ministerien zurück zu führen, was die notwendigen Rahmenbedingungen anbelangt. Es sei in diesem Zusammenhang z. B. auf Kampagnen zur Unterstützung der Lokalen Agenda 21 im Ausland verwiesen (z.B. Wettbewerb „Die Zukunftsfähige Kommune“ bzw. „Regionen der Zukunft“), wo staatliche Behörden und Gemeinden modellhaft zusammenarbeiten.

Auch ohne Neueinteilung der Kompetenzen kann demnach bereits heute vieles geschehen, um die Eigenverantwortung der Gemeinden verstärkt zu gewährleisten. So vor allem:

- **Die Rolle des Innenministeriums sollte sich darauf begrenzen die Legalität der Maßnahmen zu begutachten, nicht aber die Opportunität, in sofern diese nicht im**

Widerspruch zu allgemeinen staatlichen Planungen steht.

- **Die Aussagen der Majoritätsparteien im Rahmen dieser Debatten sollte auch ihren Widerhall in der politischen Praxis finden.**

Der Mouvement Ecologique spricht sich dafür aus, daß die Kommission für innere Angelegenheiten, - auch in Erwartung einer grundlegenden neuen Kompetenzeinteilung – einen entsprechenden Appell an das Innenministerium sowie an die Regierung richtet.

Exkurs: Klimaschutz und Energiepolitik

Zu einer Zuspitzung dieser Problematik kam es zum Teil auf der Ebene der Energiepolitik, wo das Innenministerium eine offensive Klimaschutzpolitik, bzw. eine offensive Förderung erneuerbarer Energie seitens der Gemeinden z.T. in Frage stellt.

Der Mouvement Ecologique spricht sich deutlich für eine Kommunalisierung der Klimaschutzpolitik aus, und erwartet, dass auch im Rahmen dieser Debatten seitens der Kommission der Abgeordnetenversammlung ein deutliches Signal ausgeht.

Anregung 2:

Bei aktuellen Reformprojekten jetzt bereits Akzente setzen!

Desweiteren stehen parallel zu den Debatten in der Kommission für Inneres der Abgeordnetenversammlung eine Reihe von konkreten Reform-Projekten an, die es gilt bereits jetzt unter dem Blickwinkel der Kompetenzeinteilung zu betrachten. Der Mouvement Ecologique bedauert feststellen zu müssen, daß dies de facto in der Tat höchstens ansatzweise der Fall ist.

Einige Beispiele:

- **Reform des Naturschutzgesetzes:** Derzeit wird in der Umweltkommission der Abgeordnetenversammlung über die Reform des für den Natur- und Artenschutz bzw. für die Landschaftsgestaltung so wichtigen Gesetzes diskutiert. Zentraler Punkt ist auch hier die Kompetenzeinteilung zwischen den verschiedenen Akteuren. Eine sachliche Debatte fand bis dato leider nur begrenzt statt, dies insbesondere was die fachlichen Rahmenbedingungen für die Kommunalisierung des Naturschutzes sowie den wissenschaftlichen Naturschutz angeht.
- **Schaffung des Wasserwirtschaftsamtes:** Ein diesbezügliches Gesetzesprojekt liegt auf dem Tisch. Doch bis dato wurde die Chance über Kompetenzen zu diskutieren - auch angesichts derzeitiger Mängel z.B. auf der Ebene des Quellenschutzes - nicht diskutiert. Die Frage wurde vielmehr eher ausgeklammert.
- **Erstellung eines integrierten Verkehrs- und Landesentwicklungskonzeptes:** Ein entsprechendes Konzept wurde seitens der Regierung in Auftrag gegeben. Bis dato wurden aber die Gemeinden nicht einmal ansatzweise in die Erstellung eingebunden ...

Der Mouvement Ecologique plädiert deshalb dafür, daß die Debatte über die Kompetenzeinteilung keineswegs dazu mißbraucht werden darf, daß bei wichtigen aktuellen Entscheidungen diese Frage **ausgeklammert** wird. Ganz im Gegenteil: Es sollte eine Bewußtseinsbildung erfolgen, gerade jetzt neue Maßnahmen kritisch zu begleiten ... Man darf gespannt sein ...

Exkurs: Planung der Transportpolitik und Einbindung der Gemeinden

Es ist geradezu zynisch, wenn in der Abgeordnetenkommission über eine Neuaufteilung der Kompetenzen zwischen Staat und Gemeinden diskutiert wird, scheinbar Einstimmigkeit besteht die Gemeinden stärker in Planungsprozesse einzubinden bzw. die Kommunalpolitik zu valorisieren und gleichzeitig eine äusserst wesentliche Planung - das IVL - an den Köpfen der Gemeinden herbei erstellt wird.

Der Mouvement Ecologique richtet einen Appell, dass die Gemeinden endlich in diesen Prozess einbezogen werden und erwartet, dass auch im Rahmen dieser Debatten seitens der Kommission der Abgeordnetenkommission ein deutliches Signal ausgeht.

Anregung 3:

Strukturierte Debatte in einem festen Zeitplan in die Wege leiten _____

Wie bereits hervorgehoben, ist es für den Mouvement Ecologique von vorrangiger Bedeutung, eine strukturierte Debatte über die Kompetenzeinteilung in die Wege zu leiten. Tut man dies nicht, so riskiert sich das Projekt angesichts der Komplexität des Themas zu verlieren und in endlosen Debatten mit eher allgemeinen Aussagen ohne griffige Schlußfolgerungen zu versanden.

Folgende Vorgehensweise wäre nach Ansicht des Mouvement Ecologique sinnvoll:

1. Klärung der Fakten

Basis für jedwede fachlich fundierte Debatte wäre überhaupt über eine Liste der heutigen Aufgabengebiete und Kompetenzaufteilungen in allen Politikbereichen zu verfügen. Das Dokument des Innenministeriums ist in diesem Sinne ein erster positiver Ansatz, kann jedoch in keiner Form als ausreichend und komplett betrachtet werden.

- Es gälte die sektoriellen Ministerien aufzufordern, diese Liste des Innenministeriums zu ergänzen.
- Ebenso sollten auch die nicht gesetzlich vorgeschriebenen, die fakultativen Aufgaben erfaßt werden. Denn gerade hier gibt es derzeit die größten Probleme. Stichworte sind: Energiepolitik, regionale Transportpolitik usw.
- Desweiteren sollte die IST-Situation seitens der diversen Ministerien durch konkrete Anregungen, wie ihrer Meinung nach die stärkere Gewichtung regionaler Aufgaben erfolgen könnte, ergänzt werden.
- Dieses Faktenmaterial sollte unbedingt für jeden per Internet einsehbar sein.
- Für diese Zusammenstellung, die unter der Regie der zuständigen Kommission der Abgeordnetenkommission erfolgen soll, sollte ein Zeitplan erstellt werden.

2. Durchführen von verschiedenen Fachforen

In einer weiteren Phase sollten thematische Fachforen gegründet werden. Diese sollten

- von Fachleuten aus den einzelnen Bereichen besetzt sein. In diesen Foren gilt es ein Gleichgewicht zwischen Vertretern der Politik sowie Akteuren aus der Zivilgesellschaft und unabhängigen Experten zu gewährleisten;
- über finanzielle Mittel verfügen, um evtl. auch kleinere Gutachten in Auftrag zu geben, Referenzen aus dem Ausland zu erstellen, Seminare zu organisieren u.a.m.
- auch über Personal verfügen können, die die Debatte begleiten (Berichte schreiben, Unterlagen zusammenstellen usw.).

Ziel dieser Fachforen wäre es:

- Mindestkriterien / Mindeststandards in den einzelnen Politikbereichen im Sinne einer zukunftsorientierten Kommunalentwicklung festzulegen. Auf diese Art und Weise sollen die derzeitigen Diskrepanzen zwischen dem Angebot in verschiedenen Gemeinden / verschiedenen Regionen des Landes zumindest teilweise behoben werden. Welche sozialen Dienste sollten Standard sein? Über welche Grundinfrastrukturen sollte eine Gemeinde verfügen? Hierbei sollte die Perspektive der nachhaltigen Entwicklung im Vordergrund stehen.
- Vorschläge zu erstellen, wie die Neueinteilung der Kompetenzen (sowohl fakultativer als auch obligatorischer Aufgaben) in den jeweiligen Politikfeldern sehr konkret erfolgen soll;
- und einen Zeithorizont zur Umstellung festzulegen.

Hierbei gilt es folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Die Debatten der Akteure der Foren sollten für jeden interessierten Bürger auf Internet einsehbar sein. Ggf. sollten auch öffentliche Veranstaltungen (z.B. Rundtischgespräche, Bürgerforen ...) vorgesehen werden.
- Es sollte desweiteren eine Mailingliste erstellt werden, die es interessierten Personen erlaubt Anregungen an die jeweiligen Fachforen weiterzuleiten.
- Des Weiteren sollte ein Zeithorizont für die Beendigung der Arbeiten festgelegt werden, der zwischen 6 und 12 Monaten betragen sollte. Es wäre sinnvoll, wenn diesem Thema ein gewisser Stellenwert in den kommenden Wahlen eingeräumt werden würde.

«Aus» für eine Zukunftsdebatte?

Die Diskussionsform, die der Mouvement Ecologique in diesem Dossier vorschlägt, überschneidet sich sehr stark mit derjenigen, die unsere Organisation auch generell für die Zukunftsdebatte Luxemburgs als sinnvoll erachtet.

Statt eines zentralen Gremiums - ob mit oder ohne Zivilgesellschaft - sollten spezifische systematisch organisierte Fachforen zusammengesetzt werden.

Denn, daß eine fundamentale Debatte über Orientierungen in verschiedenen Politikbereichen notwendig ist, steht wohl außer Frage!

Anregung 4: **Personelle Voraussetzungen für stärkere und kompetentere Gemeinden und Regionen schaffen!**

Die Aufgabengebiete auf kommunaler Ebene haben in den letzten Jahren, und hier besteht Konsens, erheblich zugenommen. Dies ohne daß entsprechende Verbesserungen der Rahmenbedingungen für das Engagement auf kommunaler Ebene erfolgten. Sollen die Gemeindepolitikerinnen sich in Zukunft zudem noch stärker regional engagieren, so wird deren Überforderung noch weiter zunehmen.

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, daß die Voraussetzungen überhaupt erst einmal geschaffen werden müssen, damit die gewählten Vertreterinnen vor Ort ihre Arbeit unter entsprechenden Bedingungen wahrnehmen können. Hierzu zählen u.a.:

- **Erhöhung der zeitlichen Freistellung von Mitgliedern von Gemeinde- und Schöffenräten:** Demokratie, Bürgerbeteiligung, die Übernahme neuer regionaler Aufgaben usw. erfordern sehr viel Zeit - und weitaus mehr Zeit, als derzeit den Gemeindevertretern zuerkannt wird. Deshalb drängt sich mehr denn je eine kurzfristige Reform des «*conge politique*» auf!
- **Fachlichere Begleitung der Gemeinden:** Die Entwicklung der Aufgabengebiete verlangt auch immer mehr Wissen und Kompetenzen. Auch hier gilt es neue Akzente zu setzen und verstärkt Weiterbildungsveranstaltungen auf hoher Ebene (dies über thematische Sitzungen anlässlich des Bürgermeistertageshinaus) zu formalisieren.
- **Stärkung des Engagements von Bürgerinnen:** Was aber für Gemeindepolitikerinnen gilt, sollte z.T. auch für engagierte Bürgerinnen Anerkennung finden. Engagierte Bürgerinnen sind unerlässlich für eine lebendige Kommunal- und Regionalpolitik. Auch wenn hier natürlich ein Großteil der Arbeit in der Freizeit erfolgt, sollte doch - in begrenztem Ausmaß - die Möglichkeit eines «*conge associatif*» auch für engagierte Bürgerinnen vorgesehen werden. Dies z.T. für gewisse Teilnahme an Sitzungen, Weiterbildungsveranstaltungen usw. (siehe hierzu auch Anregung 9).

Anregung 5: **Neue administrative Wege zwischen Staat und Gemeinden gehen**

Desweiteren drängt sich eine grundlegende Reform der Arbeitsweise zwischen Staat / Regionen und Gemeinden auf. Die administrativen Hürden die Gemeinden zum Teil zu nehmen haben – auch angesichts der derzeitigen Kompetenzen der Distriktskommissariate - ist nicht mehr zeitgemäß. Auch der derzeitige «*double degré de contrôle*» scheint widersinnig. Hier gilt es neue administrative Wege zu finden, für welche eine Reihe von Vorschlägen seitens der verschiedenen Akteure formuliert wurden.

Wie die DP sich ausdrückt, sollte zusätzlich die «*tuteile d'opportunité*» des Innenministeriums strenger begrenzt werden und sich auf ein «*contrôle de la légalité*» reduzieren.

Anregung 6: Überdenken der finanziellen Rahmenbedingungen

Nach wie vor stellen die derzeitigen Gemeindefinanzen eines der zentralen Probleme schlechthin dar.

Vor allem folgende Elemente seien angeführt:

- Es besteht nach wie vor ein sehr starkes Ungleichgewicht in den finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Gemeinden, das nicht länger haltbar ist;
- die staatliche Subventionspolitik widerspricht z.T. den Konzepten einer regionalen Zusammenarbeit bzw. der nachhaltigen Entwicklung.
- es mangelt an Transparenz in der staatlichen Subventionspolitik.

Es gilt umgehend soweit wie möglich diese Defizite zu beheben. Folgende Maßnahmen müßten kurzfristig ergriffen werden;

- Schaffung eines Regionalfonds: Es scheint ein Konsens zu bestehen, daß die Zusammenarbeit der Gemeinden auf regionaler Ebene förderungswert ist. Deshalb sollte ein spezifischer Fonds geschaffen werden, mit Hilfe von dem gezielt nur Projekte von regionalpolitischer Bedeutung unterstützt werden. Warum diese Maßnahme nicht als Auswirkung der jetzigen Debatten bereits für das Budget 2003 festlegen?
- Gezielte(re) finanzielle Unterstützung von dezentralen Strukturen: Neben oder aber innerhalb dieses Fonds für Projekte sollten aber auch gezielt Gelder zur Verfügung gestellt werden, um auf regionaler Ebene neue dezentrale Strukturen zu schaffen. Das Beispiel der Naturparke - aber auch der Leader-Gebiete - zeigt auf, wie viel bewegt werden kann, wenn der Staat bereit ist sich an Kosten von derartigen Posten zu beteiligen. Auch hier: erste Vorschläge für das Budget 2003 wären möglich, wenn denn der Wille der Abgeordneten besteht.
- Durchleuchtung bestehender Budgetposten der sektoriellen Ministerien im Hinblick auf eine stärkere Orientierung auf die Regionalentwicklung: Es ist nicht länger hinnehmbar, daß nach wie vor verschiedene kommunale Projekte vom Staat stärker unterstützt werden, als regionale bzw. Gemeinden Geld für einseitige kommunale Projekte erhalten, weil sie aus überholten „Kirchturm“-Überlegungen heraus ein Zusammengehen mit Nachbargemeinden ablehnen.

Deshalb sollten bestehende Subventionsposten des Staates - wie z.B. auch der Ebene des Fünfjahresplanes des Tourismus- bzw. Sportsministeriums - in dem Sinne überarbeitet werden, daß z.T. nur regionale Projekte gefördert werden oder aber zumindest diese eine weitaus stärkere Unterstützung erhalten.

- Reform der Gemeindefinanzen: Desweiteren drängt sich eine Reform der Gemeindefinanzen auf, die eine gleichberechtigte Verteilung der Gelder ermöglicht und zudem stärker ökologische Akzente setzt. Hierzu gehört u.a. die von mehreren Akteuren geforderte Abschaffung des Kriteriums der Dichte zugunsten eines Postens für Regionalentwicklungsprojekte.

Anregung 7: Regionale Entwicklung - eine Plattform für eine verstärkte Zusammenarbeit von Gemeinden und Staat!

Parallel zur Debatte über eine Neueinteilung der Kompetenzen zwischen Staat und Gemeinden sollten zwei Instrumente besonders gefördert werden: die regionalen und sektoriellen (Entwicklungs-) Pläne und Konzepte.

In der Tat kann im Rahmen der Erstellung und der Umsetzung dieser Instrumente auf sehr konkrete und praktische Art und Weise eine sinnvolle Arbeitsteilung und Absprache zwischen Staat und Gemeinden in den verschiedenen Bereichen gewährleistet werden.

Hierzu gehört u.a. die Planung in folgenden Bereichen:

- Wohnungsbau
- Siedlungsentwicklung
- Abfallwirtschaft
- Freizeitbereich
- Integrierte Verkehrs- und Landesentwicklung
- Regionalplanung im allgemeinen (z.B. Dezentralisierung, Schaffung von Arbeitsplätzen).

Die Bedeutung der Regionalplanung liegt darin, daß hier schlußendlich Gemeinden und Staat tatsächlich eine gleichberechtigte Rolle zuerkannt wird. Leider ist dies derzeit nicht der Fall. Der IVL ist - zumindest zur Zeit ein negatives Beispiel in diesem Sinne: hier sind - zur Zeit - die Gemeinden bzw. Regionen noch immer nicht aktiv impliziert; gleiches gilt für die Erstellung des «plan sectoriel» Süden im Transportbereich. Im Bereich der Abfallwirtschaft (cf. Bauschuttdeponien) bestehen derzeit eher Konflikte zwischen Staat und Gemeinden, als daß offensiv gemeinsam nach Lösungen gesucht würde.

Es versteht sich von selbst, daß eine solche Entwicklungsplanung den Kriterien der nachhaltigen Entwicklung gerecht werden muss. Dies umso mehr als das Bevölkerungswachstum einen verstärkten Druck auf den Umweltraum ausübt.

Der Erstellung derartiger Konzepte mit den entsprechenden Prozessen sollte deshalb eine verstärkte Bedeutung beigemessen werden.

Die Rollenverteilung von Staat und Gemeinden am Beispiel „Revitalisierung der Industriebrachen“

Der Mouvement Ecologique hatte im Mai 2000 in Anlehnung an diese und vergleichbare Strukturen die Schaffung einer „société de gestion“ zwischen ARBED und Staat auf nationaler Ebene zur Revitalisierung der Industriebrachen in Frage gestellt und die Schaffung einer diesbezüglichen Entwicklungsgesellschaft mit gleichberechtigter Einbeziehung der Gemeinden gefordert. Des Weiteren war gefordert worden, eine Entwicklungsagentur für die Region Süden zu schaffen, dies mit dem Argument, wir zitieren:

„Durch die Schaffung einer Entwicklungsagentur in der Region erhält die Region - und die Gemeinden - neues Know-How, das sicherlich wesentlich zu einer Stärkung der Region beitragen wird.... Auf

diese Weise erhalten die Gemeinden eine proaktive Rolle. Statt lediglich Korrekturen an den Entwürfen von Staat und ARBED durchführen zu können, können sie selbst die Region prägen..."

Im Falle der Industriebranchen gab es jedoch keine Akzeptanz für die gemeinsame Verantwortung von Staat und Gemeinden, wie folgende Zitate unter Beweis stellen:

"De Staat an d'ARBED grennen zu gläichen Deeler eng Entwécklungsgesellschaft déi d'Viabiliséierung an den Developpement vun den Industriebranchen an d'Hand hellt. Am Iwwerwachungsrot vun där Entwécklungsgesellschaft maachen d'Gemenge mat, am Verwaltungsrot setzen de Staat - dee bezillt - an d'Arbed eleng" (J.CI. Juncker Déclaration sur l'état de la nation mai 2000).

De facto bedeutete die von der Regierung zurückbehaltene Lösung eine Entmündigung der Gemeinden, die nur rein konsultativ mitwirken könnten, sowohl auf der Ebene der Trägergesellschaft, als auch auf der Ebene von begleitenden Gremien pro Industriebranche.

Wir zitieren weiter Premier J.CI. Juncker:

" ... wou d'Gemengen mat berodender Stemm derbäi sin, mat berodender Stemm, wellsejo hir Autonomie a Fréiheet müsse behalen, wann et em d'Autorisatioun vun den Amenagementspläng an de Baugenehmigung geet."

Die damalige offizielle Argumentation hält de facto keiner seriösen Analyse stand: würde dies zutreffen, dürften die Gemeinden in keiner Weise gestalterisch auf ihrem Territorium aktiv werden z.B. im Bereich des sozialen Wohnungsbaus oder der Gestion von gemeindeeigenen oder regionalen Aktivitätszonen!

Die Entwicklung der Industriebranchen-Diskussion, die trotz der angesprochenen Aspekte, bis jetzt in einem vertrauensvollen Klima zwischen Staat und Gemeinden abläuft, zeigt, daß noch immer die Gefahr besteht, daß sich privatwirtschaftliche Interessen auf Kosten von allgemeinen Interessen durchsetzen. Bis dato ist im übrigen nicht erreicht worden, daß ein Zusammenhang zwischen der Revitalisierung der Industriebranchen (besonders Belval) und der Gesamtregion Süden hergestellt wurde... Dies kann sehr wohl eben auch an den vom Mouvement Ecologique angesprochenen strukturellen Rahmenbedingungen liegen.

Anregung 8:

Neue zeitgemässe Kooperationsstrukturen in die Wege leiten_____

Weiche Struktur ist am besten geeignet, um einen Zusammenschluß zwischen Gemeinden als solchen, zwischen Gemeinden und Staat, zwischen öffentlichen und privaten Akteuren, Organisationen aus dem Zivilbereich... zu ermöglichen? Wann drängt sich ein Syndikat auf? Wann eine «société mixte»? Wann wäre die Idee der Grünen Partei auch «groupements d'intérêts sociaux et écologiques» zu schaffen sinnvoll?

Diese Frage prägt seit Jahren so manche kommunal- und regionalpolitische Debatte. Es ist absolut unverständlich, warum in diesem Dossier staatlicherseits nicht endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden und ein für alle mal eine vergleichende Studie mit Vor- und Nachteilen der verschiedenen Formen auf den Tisch gelegt wird. Der Mouvement Ecologique erwartet, daß hier noch vor den

nächsten Nationalwahlen eine Diskussionsgrundlage geschaffen wird, die ggf. auch in den Wahlen kontrovers diskutiert werden kann.

Dies umso mehr als auch in der (umwelt-)politischen Aktualität energie- bzw. wirtschaftspolitische Initiativen von Gemeinden seitens des Innenministeriums in Frage gestellt wurden, wie folgendes Schreiben an die Gemeinde Bettborn vom Juni 2000 zeigt:

„ ... la construction et l'exploitation l'installations de production d'énergie constituent des activités commerciales qui doivent rester réservées à l'initiative privée et qui ne rentrent pas dans le domaine des affaires communales. Une dérogation à ce principe serait permise uniquement au cas où l'insuffisance ou la carence de l'initiative privée justifieraient une intervention de la commune dans un domaine réserve de par sa nature à l'initiative privée. Encore faudrait-il dans cette hypothèse que l'intervention de la commune réponde à un besoin général de sa population. Toutefois des prémisses ne sont pas données en l'occurrence. Le dossier démontre en effet, d'une part, qu'il existe bel et bien une initiative privée dans le domaine en question, et, d'autre part, que la population de la commune de Bettborn est actuellement alimentée en énergie électrique par le raccordement à un réseau existant et qu'elle continuera à bénéficier de cette alimentation avec ou sans la construction d'éoliennes à Reimberg. L'énergie à produire par les éoliennes projetées est destinée à être introduite dans le réseau général de la société CEGEDEL aux conditions fixées par le règlement grand-ducal du 19 mai 1994 concernant la production d'énergie électrique basée sur les énergies renouvelables ou sur la cogénération (4 types de contrats) et ne servira pas directement à alimenter la population locale. Des lors, il n'y a aucune raison objective qui justifierait la démarche envisagée par les autorités communales de Bettborn.

Enfin, je tiens à préciser qu'une instruction supplémentaire du dossier me paraît superflue étant donné que le projet est manifestement inacceptable quant au principe. Les aspects purement administratif, technique et financier n'ont donc pas été analysés.»

Es ist in dieser Hinsicht interessant die französische Gesetzgebung in Bezug auf die "sociétés d'économie mixte locales" zu zitieren (Gesetz vom 7. Juli 1983):

"Les communes, les départements, les régions et leurs groupements peuvent, dans le cadre de compétences qui leur sont reconnues par la loi, créer des sociétés d'économie mixte locales qui les associent à une ou plusieurs personnes privées et, éventuellement, à d'autres personnes publiques pour réaliser des opérations d'aménagement, de construction..." und weiter:

" Les prises de participation sont subordonnées aux conditions suivantes:

Les communes, les départements, les régions et leurs groupements détiennent, séparément ou à plusieurs, plus de la moitié du capital de ces sociétés et des voix dans les organes délibérants."

In einer Veröffentlichung von S. Moutardier und N. Dorosz (Théorie du service public) wird die Philosophie des französischen Gesetzes wie folgt beschrieben: *"Au plan local, les sociétés d'économie mixte jouissent d'un Statut spécial édicté par la loi du 7 juillet 1983, dont le but est de garantir à la fois la réalité de l'économie mixte et l'effectivité du contrôle des collectivités locales créatrices."*

Verwiesen sei in diesem Zusammenhang im übrigen auf das Dokument, das der Mouvement Ecologique anlässlich der letzten Nationalwahlen erstellte. Auch diese Aussagen behalten Gültigkeit:

«Neue Kooperationsformen gewährleisten:

Eine veränderte Rolle des Staates sollte auch anregen über neue Kooperationsformen und neue Aufgabenteilungen mit Dritten nachzudenken. Im Vordergrund sollte hierbei vor allem die Schaffung von spezifischen Agenturen stehen, deren Wirksamkeit sich im Ausland in den letzten Jahren mehr und mehr gezeigt hat. Als parastaatliche Institution arbeiten sie unter der Verantwortung des Staates, nutzen aber als "organisme public" auch gezielt die Initiativkraft von privatwirtschaftlichen Strukturen. Die Schaffung derartiger Agenturen drängt sich in mehreren Bereichen auch für Luxemburg auf, so u.a.:

** Mobilitätsagentur: eine derartige Struktur sollte bewußt Projekte im Bereich des Verkehrsverbundes unterstützen und initiieren;*

** Abfallberatungsagentur: die Abfallberatung kann nur dann in der Praxis eine Chance haben, wenn Personen gezielt auf Betriebe zugehen, Informationskampagnen für den Bürger ausarbeiten u.a.m. und so konkret aufzeigen, wie die Abfallvermeidung erfolgen kann;*

** Energieagentur: Statt einer stark von Interessen der Energiewirtschaft abhängigen Struktur gilt es einen schlagkräftigen unabhängigen Energiespartrust aufzubauen, der Initiativen im Sinne des Contractings, der Förderung alternativer Energien, der Energiesparmaßnahmen u.a.m. begleitet. Der Struktur dieser Agenturen kommt eine große Bedeutung zu. Um eine genügende Dynamik zuzulassen dürfen sie einerseits nicht rein staatlich organisiert sein, andererseits sollten sie der Verantwortung des Staates unterliegen. Es bietet sich deshalb eine gemischte Form Staat / private Akteure aus den betroffenen Sektoren an. Wobei besonders eine weitgehende Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit sowie der entsprechende Zugang zu Dokumenten gewährleistet werden muß. Ihre Arbeit kann zu einem gewissen Teil kostendeckend erfolgen und einen Technologie-Transfer auch im privatwirtschaftlichen Bereich ermöglichen.»*

Anregung 9:

Neben der Kompetenzfrage auch eine verstärkte Beteiligung der Bürgerinnen thematisieren!

Wenn mit dem vorliegenden Projekt angestrebt wird, auch zu einer Stärkung kommunaler und dezentraler Strukturen beizutragen, so darf sich diese Anstrengung nicht auf die Gemeindestrukturen und die Beteiligung der GemeindepolitikerInnen begrenzen. Im Gegenteil: es gilt gemäß dem Agenda-21 von Rio auch sehr gezielt darüber nachzudenken, welche Rechte - Kompetenzen in Zukunft auch den Bürgerinnen zuerkannt werden sollen. Die Möglichkeiten - die sehr bewußt in die Debatte aufgenommen werden sollten - sind vielfältig:

- Neue rechtliche **Mitwirkungsmöglichkeiten** verankern: Es gilt bestehende Gesetze dahingehend zu durchleuchten, ob nicht auch die Beteiligungsprozesse von Bürgerinnen verbessert werden können. Dies gilt z.B. für die Verkehrsplanung.
- Erstellung neuer Partizipationsformen: Neben diesen gesetzlich vorgeschriebenen Partizipationsformen sollte aber im Rahmen dieser Debatte auch sehr offensiv über fakultative

Instrumente der Bürgerbeteiligung nachgedacht werden. Diese reichen von Zukunftsforen, Zukunftskonferenzen, Bürgergutachten, runden Tischen, der Delphi-Methode bis hin zu Kinderparlamenten.

- **Darüberhinaus gilt es die Voraussetzungen für ehrenamtliches Engagement zu verbessern.** Primär gilt es z.B. auch beratenden Kommissionen auf Wunsch ein Sekretariat zur Verfügung zu stellen u.a.m.
- **Ausbildung von Moderatoren:** Die Bürgerbeteiligung in Luxemburg beschränkt sich leider heute noch sehr oft auf die juristisch vorgeschriebenen Aufgaben bzw. auf klassische Informationsveranstaltungen. Diese haben den gravierenden Nachteil, daß einerseits keine offensive Einbindung erfolgt, kein reeller Austausch der Argumente stattfindet und häufig auch ungewollt zahlreiche Bevölkerungsschichten ausgeklammert werden. Es gibt heute neue moderne Wege der Bürgerbeteiligung, die aber externer Moderatoren bedürfen. Es mangelt aber in Luxemburg an derartig ausgebildetem Personal, so daß umgehend eine entsprechende Ausbildung in die Wege geleitet werden sollte.
- **Schaffung eines «Haus von der Demokrati»:** erinnert sei in diesem Zusammenhang auch noch einmal an die Idee des Mouvement Ecologique zur Schaffung eines «Houses der Demokratie» auf nationaler Ebene. Dieses könnte folgende Initiativen ergreifen: Vermittlung von qualifizierten Moderatorinnen, Angebot von Weiterbildungskursen im Kommunikationsbereich, Instanz zur Förderung kontradiktorischer Diskussionsforen, offensive Stelle zur Vermittlung konkreter Sachinformationen über die derzeitigen politischen Arbeiten des Parlamentes, der Regierung, Organisation von konkreten Pilotprojekten (z.B. die Begleitung von Kinderparlamenten in den Gemeinden).
- **Umsetzung der Konvention von Arrhus:** Diese Konvention räumt den Bürgerinnen neue Wege in der Beteiligung ein. Obwohl das Gutachten des Staatsrates vorliegt, wurde sie immer noch nicht in Luxemburger Recht umgesetzt. Dieses Mankum wäre umgehend zu beheben!

Anmerkung: die Großregion und die EU

Bei den Debatten über die Neueinteilung der Kompetenzen zwischen Staat - Region und Gemeinden sollte sowohl die Großregion als auch die EU nicht außer acht gelassen werden. Deren Impact auf Luxemburg muß nicht mehr lange erörtert werden und doch, wird er allzu oft außer Acht gelassen, da es noch keine eigentliche Tradition gibt. Wie kann z.B. die Zusammenarbeit mit den Grenzregionen (auf der Ebene der Gemeinden, der Region und des Staates) verbessert werden, wenn es den Schutz eines Fließgewässers, die Lösung der Verkehrsprobleme, die Entwicklung des Baulandes ... anbelangt? Auch diese Frage ist von zentraler Bedeutung. Deshalb sollte man bei der Neueinteilung der Kompetenzen vor allem auch jenen Aspekt immer wieder im Hinterkopf haben.